

Sabine Skutta | Joß Steinke et al. [Hrsg.]

Digitalisierung und Teilhabe

Mitmachen, mitdenken, mitgestalten!



Nomos

Sonderband 2018 der Zeitschriften Blätter der
Wohlfahrtspflege und Sozialwirtschaft.

herausgegeben von

Sabine Skutta | Joß Steinke | Cassandra Becker
Benjamin Fehrecke-Harpke | Christian Hener
Alexandra Hepp | Hannes Jähnert
Karolina Molter | Nadja Saborowski
Janine Stückemann | Oliver Trisch
Kerstin Uelze | Ulrike Wagner
Kathleen Wabrowetz | Ümit Yüzen.

Sabine Skutta | Joß Steinke et al. [Hrsg.]

Digitalisierung und Teilhabe

Mitmachen, mitdenken, mitgestalten!

Sonderband der Zeitschriften
Blätter der Wohlfahrtspflege und Sozialwirtschaft



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-5250-8 (Print)

ISBN 978-3-8452-9430-8 (ePDF)

1. Auflage 2019

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2019. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Als das Web 2.0 aufkam, hatte das etwas von einem Rausch: Alle konnten veröffentlichen, alle konnten mitmachen, alle kamen an Informationen heran – und alle konnten Dienstleistungen über das Netz anbieten und in Anspruch nehmen. Und das ganz ohne Kosten. Inzwischen sind wir etwas ernüchtert. Wir sprechen vom digital divide oder digital gap und meinen damit die Spaltung zwischen denen, die mitmachen und denen, die mehr oder weniger außen vor stehen. Wir wissen, dass wir die neuen Möglichkeiten in der Währung „Daten“ bezahlen. Wir erkennen die Grenzen der Freiheiten. Wir erleben die Steuerung durch Algorithmen und wir sehen bei jeder Aktivität, wie uns unsere hoch geschätzte Privatheit mehr und mehr abhandenkommt.

Die Entwicklung geht in hohem Tempo weiter und wird uns alle vor bislang unbekannte Herausforderungen stellen: Künstliche Intelligenz, Internet of Things, die Blockchain-Technologie stehen noch ganz am Anfang ihrer Entwicklung.

Als Verbände und Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege haben wir es mit Millionen von Menschen zu tun: die, die bei uns mitarbeiten und die, die wir begleiten und unterstützen. Ihre Selbstbestimmung, ihre Beteiligung und ihre Zugehörigkeit zur Gesellschaft zu wahren und zu stärken ist unser Kernanliegen.

Deshalb haben wir das Angebot des Nomos Verlags, den vorliegenden Band herauszugeben, gern aufgegriffen. Mit den Beiträgen aller Autorinnen und Autoren wollen wir das Thema Digitalisierung und Teilhabe in vielen Facetten beleuchten und dabei die Rolle von Wohlfahrtspflege herausarbeiten. Es geht im vorliegenden Band um ganz Grundsätzliches ebenso wie um Konkretes und Praktisches.

Wichtig war uns die Beteiligung auch im Erarbeitungsprozess. Deshalb haben wir im DRK-Generalsekretariat eine Redaktionsgruppe aus Kolleginnen und Kollegen gebildet. Sie haben recherchiert, Autorinnen und Autoren sowie Interviewpartner gewonnen und waren für sie Ansprechpersonen. Mitgemacht haben: Cassandra Becker, Benjamin Fehrecke-Harpke, Christian Hener, Alexandra Hepp, Hannes Jähnert, Karolina Molter, Nadja Saborowski, Janine Stückemann, Dr. Oliver Trisch, Kerstin Uelze, Ulrike Wagner, Kathleen Wabrowetz, Ümit Yüzen. Beim Korrekturlesen hatten wir Unterstützung durch Sabine Erber und Antje Umlauf. Ihnen allen großen Dank, allein hätten wir das nicht geschafft!

Vorwort

Allen Autorinnen und Autoren danken wir, dass sie ihr Wissen, ihre Überlegungen, ihre Erfahrungen in einem noch sehr im Werden befindlichen Feld mit uns und allen Lesenden teilen. Genau das macht für uns den digitalen Kulturwandel aus: Nichts soll perfekt sein, wir erproben auch gedankliche „Betaversionen“, wir öffnen uns für die Ergänzungen und Veränderungen durch die nächsten, die an dem Thema weiterarbeiten. Wir selbst werden den mit diesem Band aufgegriffenen Diskurs auch digital weiterführen – zum Beispiel auf der Webseite der DRK Wohlfahrtspflege www.drk-wohlfahrt.de. Und wir laden Mitschreibende wie Lesende herzlich dazu ein, sich einzubringen und selbst neue Dialoge und Diskurse mit anderen zu eröffnen.

Dem Nomos Verlag und hier vor allem Frau Niethammer und Frau Jaeger danken wir für den Anstoß und für die so einfache und nur erfreuliche Zusammenarbeit. Sie waren offen für alle unsere Vorschläge und haben diese möglich gemacht.

Berlin, im Oktober 2018

Dr. Sabine Skutta und Dr. Joß Steinke

Inhalt

Grundstrukturen der Wohlfahrtspflege im Wandel durch Digitalisierung

Zukunftswert Partizipation: Keine soziale Teilhabe ohne digitale Teilhabe	11
<i>Daniel Dettling</i>	
„Digitale Transformation - da komm ich mit, da komm ich vor!“ Anforderungen an eine responsive Digitalisierungspolitik	25
<i>Eva M. Welskop-Deffaa</i>	
Mehr Partizipation (wagen): Chancen für die Freie Wohlfahrtspflege im digitalen Wandel	37
<i>Sabine Skutta und Joß Steinke</i>	
Partizipation und freiwilliges Engagement im digitalen Wandel	57
<i>Hannes Jähnert und Mike Weber</i>	
Ethik und Digitalisierung – ein Vorgehensmodell	85
<i>Johannes Feldmann</i>	
Blockchain: viel Potential, begrenzte Umsetzbarkeit	97
<i>Niklas Kossow</i>	
Die digitale Welt gestalten – Bildungsanforderungen in der Diskussion	113
<i>Ulrike Wagner</i>	
Digitalisierung, Partizipation und die EU: EU als Mitmachprojekt für Alle?	127
<i>Rainer Sprengel</i>	

Inhalt

Digitale Bürgerbeteiligung für Berlin
Die Beteiligungsplattform mein.berlin.de 137
Daniel Kämpfe-Fehrle

Auf digitalen Wegen zu starken lokalen Gemeinschaften 149
Hannah Kappes

Digitalisierung und Partizipation: Sozialer Zusammenhalt in
digitaler Lebenswelt 167
Welf Schröter

Arbeit 4.0: Bringt die digitale Transformation mehr Partizipation? 181
Antje Draheim

Digitalisierung und Partizipation von spezifischen Zielgruppen

Warum die Partizipationsverweigerung des sozialen Sektors an
Digitalisierungsprozessen zur Partizipationsverweigerung der
digitalen Elterngeneration an sozialen Angeboten führen wird 209
Rose Volz-Schmidt

Chancen und Risiken der Digitalisierung für die Beschäftigung von
Menschen mit Behinderung 223
Dietrich Engels

Interview zu Nutzen und Hindernissen der Digitalisierung 235
Stefan Göthling und Kerstin Uelze

Vom Konsum zur Gestaltung - Digitalität und Engagement in der
außerschulischen Jugendarbeit am Beispiel von Jugend hackt und
den Demokratielaboren 239
Tanja Zagel und Sebastian Seitz

Digitales Verhalten von Zugewanderten: Kommunikation,
Information und Partizipation 251
Anne-Marie Kortas

Online geht nur mit Vertrauen! 267
Gabriele Groß und Nadja Saborowski

Inhalt

Chancen der Digitalisierung für mehr Teilhabe und Partizipation im Alter	273
<i>Christine Weiß und Julian Stubbe</i>	
Möglichkeiten und Grenzen von technischen Assistenzsystemen in der häuslichen Pflege am Beispiel einer älteren hilfe- und pflegebedürftigen Person	289
<i>Christian Hener und Karolina Molter</i>	
Partizipation auch in der Krise? Pflegerische Versorgung bei Stromausfall – Ein Krisenszenario, das Fragen aufwirft	301
<i>Björn Stahlhut und Benjamin Febrecke-Harpke</i>	

Zukunftswert Partizipation: Keine soziale Teilhabe ohne digitale Teilhabe

Daniel Dettling

Abstract

Es sind großflächige gesellschaftliche Entwicklungen (Megatrends), die mehr Partizipation möglich, vor allem aber auch nötig machen: Der demografische und Wertewandel, Individualisierung, Globalisierung und Digitalisierung sowie das Entstehen einer neuen Ökonomie, in der es um Wissen und Kreativität geht. Die digitale Welt ist partizipativer als die analoge und mediale Welt der Einbahnstraße der Fernseher und Zuschauer. Auch die neuen und künftigen Freiwilligen sind partizipativer und potenzialorientierter. Sie wollen mitreden und mitmachen. Mit Hilfe digitaler Medien und Tools lässt sich Partizipation auf eine neue Evolutionsebene heben. Die Unterscheidung zwischen Helfenden und Hilfebedürftigen, Kümmerern und Bekümmerten wird aufgehoben.

Partizipation mit seinen Indikatoren Lernfähigkeit, Sinnstiftung, Resilienz, digitale Kompetenz, Zukunftsfreude, Selbstorganisation, Mut und Zugang wird zum Zukunftswert. Der Beitrag diskutiert den neuen Zukunftswert unter der Leitthese, dass soziale und digitale Teilhabe künftig einander bedingen. Die neue Netzwerkgesellschaft stellt gemeinnütziges bzw. gemeinwohlorientiertes Handeln vor neue Herausforderungen. Es geht nicht mehr um Masse und Kollektiv, sondern um Individuen und Konnektiv. Die traditionellen Organisationen der Zivilgesellschaft werden sich ändern und Kontrolle abgeben müssen, wenn sie in Zukunft noch relevant sein wollen.

Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte.
Gustav Heinemann, dritter Bundespräsident der Bundesrepublik

1. Von der Zivil- zur Netzwerkgesellschaft

Die Idee und das Konzept der Zivilgesellschaft (bzw. Bürgergesellschaft) knüpft an zwei Traditionen an: an das angelsächsische politische Denken und an die Impulse aus den ostmitteleuropäischen Ländern vor und nach

Daniel Dettling

1989. Die angelsächsische Tradition denkt (anders als etwa die deutsche) nicht in den Kategorien Staat versus Gesellschaft, sondern in den Kategorien „Civil Society and it's Government.“ Das politische Denken beginnt nicht mit dem Staat, sondern mit der Gesellschaft und mit dem Bürger. Zivilgesellschaft enthält immer auch die Zumutung der Freiheit. Die zweite wichtige Traditionslinie der Zivilgesellschaft kommt aus den Demokratie- und Dissidentenbewegungen in Polen, Tschechien, der DDR und anderen ostmitteleuropäischen Ländern nach 1945. Sie wehrten sich gegen die Dominanz des (kommunistischen) Staates über die Gesellschaft und die Bürger. Es war ein Aufstand der „zivilen“ Kräfte der Gesellschaft gegen die alles andere als „zivilen“ Apparate und Ausdrucksformen des Staates (Polizei, Militär, Geheimdienste).

*Die unsichtbare Zivilgesellschaft als Methode der Kooperation der drei Sektoren
Staat, Markt und Gesellschaft*

In Teilen der deutschen Politik und der Wissenschaft ist heute ein Verständnis verbreitet, das die Zivilgesellschaft weniger als einen realen Teil der Gesellschaft betrachtet denn als eine bestimmte Art und Weise, wie die drei Sektoren Staat, Wirtschaft und Dritter Sektor gemeinsam („trilateral“) handeln, um gesellschaftliche Ziele zu erreichen. Dieses Verständnis prägt bis heute die Debatte um Engagement, Partizipation und demokratische Teilhabe und macht es schwer, sich neu und innovativ den neuen Herausforderungen zu stellen. Nach der klassischen Philosophie realisiert sich die unsichtbare Zivilgesellschaft als Methode der Kooperation der drei Sektoren.

Digitalisierung, Partizipation und die EU: EU als Mitmachprojekt für Alle?

Rainer Sprengel

Einführung

Kommissionspräsident Juncker möchte die Uhrzeit in Europa ändern. So ein Vorhaben war seit jeher ein wichtiges Zeichen der Macht und wurde früher von Kaisern und Päpsten wahrgenommen. Man denke etwa an den gregorianischen Kalender. Manche Revolutionen wie etwa die Französische Revolution haben deshalb auch zeitweilig einen neuen Kalender eingeführt – als Beginn einer neuen Zeitrechnung.

Ganz so dramatisch ist das Vorhaben Junckers nicht: Es geht um die Abschaffung des Wechsels von Sommer- und Winterzeit in Europa. Für diesen Beitrag ist nur eine Dimension an Junckers Vorschlag bedeutsam: Die Veranlassung für sein Vorhaben gründet in der Beteiligung von über 4,6 Millionen EU-Bürgern an einer öffentlichen Konsultation der Europäischen Kommission, darunter 3 Millionen aus Deutschland, zu dieser Frage und ihrer klaren Absage an das aktuelle Zeitsystem – 80% sprachen sich für eine Abschaffung aus.

Nüchtern betrachtet folgt daraus eigentlich erst einmal gar nichts – es hat sich nur ein knappes Prozent der EU-Bevölkerung geäußert. Menschen, die mit etwas unzufrieden sind, äußern sich leichter und lauter als die Zufriedenen und es handelte sich um keine Abstimmung. Die Leserinnen und Leser dieses Beitrages sollten allerdings besser verstehen, warum Juncker fast euphorisiert diese Beteiligung als einen klaren Auftrag der europäischen Bevölkerung an die Europäische Kommission deutet. Ebenso sollte deutlich werden, welche Chancen, aber auch Herausforderungen Digitalisierung für eine vertiefte Partizipation der europäischen Bevölkerungen bietet – bis hin zu dem Punkt, dass alle Menschen in Europa die EU als ein Mitmachprojekt in ihrer Reichweite ansehen. Zu behaupten, dass sie schon heute ein Mitmachprojekt ist, wäre allerdings sehr verwegen.

Rainer Sprengel

Demokratie und Technik

Demokratie ist angewiesen auf offenen Diskurs und im Verfahren transparente Entscheidungsfindung – was einschließt, dass zum Beispiel ein repräsentativ gewähltes Parlament auch vertraulich tagende Ausschüsse besitzt. Das Verfahren muss transparent sein. Nicht jede Aktion und auch nicht alles muss allgemein von Allen erörtert werden, so lange klar und offen bleibt, was nur in kleineren Kreisen diskutiert wird.

Nicht zuletzt die konstitutive Rolle des Diskurses als Grundlage von Entscheidungen in einer Demokratie hat eine Dimension, in der Technik und Territorialität ineinandergreifen. Das Urbild der Demokratie, die griechische Polis, beinhaltete lange Zeit auch immer die Begrenzung, nur einen relativen Nahraum regulativ erfassen zu können. Die Legende vom Marathonlauf, die ganze Dramatik, die der Überbringung der Nachricht vom Sieg über die Perser gegeben werden konnte, zeigt den kleinräumigen territorialen Horizont: die Information als Basis von Diskurs musste durch einen laufenden Boten überbracht werden, der dann nach gut 40 Kilometern vor Erschöpfung starb. Bis heute hält sich die Vorstellung, dass Demokratie am besten in überschaubaren Räumen möglich sei – so wie im 18. Jahrhundert die Vorstellung verbreitet war, dass eine Demokratie nach Schweizer Vorbild für einen Riesenstaat und Großmacht wie Frankreich schlicht nicht machbar wäre.

Es kann daher gar nicht unterschätzt werden, welche politischen Folgen die Erfindung der Telegrafie und der Eisenbahn hatten, denen in schneller Folge weitere Erfindungen folgten. Schon der Hegelschüler und Demokrat Ernst Kapp schrieb 1845 angesichts der Telegrafie von der endgültigen Beseitigung von Raum und Zeit als Trennendes in der menschlichen Geschichte (Kapp 1845). Ohne Telegrafie wäre die tagesaktuelle Presse, die sich im Prinzip ständig auf Alles in der Welt gleichzeitig beziehen kann, nicht möglich gewesen. Damit wurden auch die diskursiven Räume größer, die Organisation von Nationalstaaten als Demokratie konnte zu einer selbstverständlichen Idee werden. Dabei entstand ein Mediensystem mit privaten und öffentlichen Eigentümern und von ihnen beschäftigtem Fachpersonal für Auswahl und Verbreitung von Informationen in Presse, Radio und Fernsehen als Grundlage für den öffentlich-demokratischen Diskurs. Das Gegenüber ist das Publikum, das zur Kenntnis nimmt – eine echte Rückkopplung war nie möglich, auch wenn das Bedürfnis durchaus immer vorhanden war, wie die Leserbriefecke einer Zeitung bis heute zeigt.

In dieser Linie stellt die Digitalisierung der Information und Kommunikation potenziell einen weiteren Schritt dar. Niemand muss sich mehr mit

Digitalisierung, Partizipation und die EU: EU als Mitmachprojekt für Alle?

der Rolle eines Publikums zufriedengeben, sondern kann die eigenen Informationen und Meinungen ins Netz einspeisen. Dadurch hat sich auch die Idee der Partizipation geändert. Aus technologischer Sicht gibt es für Partizipation keine territorialen Schranken mehr. Schranken, die es vor allem noch gibt, sind anderer Natur: Vielfalt der Sprachen und Bildungsunterschiede. Zumindest das erste dieser beiden Probleme dürfte in absehbarer Zeit mit automatisierten Übersetzungen gelöst worden sein. Technologisch ist absehbar, dass Entscheidungen, die die ganze Menschheit betreffen, wie etwa zum Weltklima, auch Gegenstand einer Entscheidung aller Menschen werden könnten. Vor dem Hintergrund dieser globalen Perspektive sollen digitale Partizipationsmöglichkeiten bei der EU in den Blick genommen werden.

Beschwerden und Petitionen

Beschwerden und Petitionen sind ein seit langem üblicher Weg für Bürgerinnen und Bürger sowie für Gruppen, auf politische Institutionen einzuwirken. Die Art, wie sich ein politisches Gemeinwesen in solchen Feldern aufstellt zeigt, ob Bürgerinnen und Bürger mit ihren Anliegen als Störerende im Betriebslauf angesehen werden – oder als die tragenden Subjekte des Gemeinwesens. Ein politisches Gemeinwesen, das auf dieser Ebene versagt, braucht sich um echte Partizipation keine Gedanken mehr machen – zugleich verblödet dieses Gemeinwesen, bis es zerfällt. Obgleich es sich auf dieser Ebene noch nicht um Partizipation handelt, entscheidet sich hier schon, ob es überhaupt um Teilhabe in einem konkreten politischen Gemeinwesen gehen kann.

Eines der Grundrechte der Unionsbürgerinnen und -bürger der EU ist es gemäß Artikel 227 des Vertrags über die Arbeitsweise der Union, dass jeder Bürger und jede Bürgerin jederzeit allein oder zusammen mit anderen Personen sein Petitionsrecht ausüben kann, indem er diese an das Europäische Parlament richtet. Das Gleiche gilt für alle natürlichen Personen mit Wohnort in der EU und für alle juristische Personen mit satzungsmäßigem Sitz in der EU. Dieses Recht kann nur über zwei Kommunikationswege ausgeübt werden: Postalisch oder über das Online-Portal des Europäischen Parlaments.¹ Fax oder Email werden dagegen vom Parlament nicht bearbeitet.

1 Europäisches Parlament, Petitionen (aufgerufen 6.9.2018): <https://petiport.secure.europarl.europa.eu/petitions/de/registration/register..>